

Rente mit 63 – wo bleiben die Jungen?

Die neue Politiker-Generation hält nicht viel von der Reform. Ihr Aufstand bleibt aber aus. Stattdessen fordert der Parteien-Nachwuchs Gegenleistungen

Von Christine Holthoff

Berlin. Für Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) ist die Sache klar: Die abschlagsfreie Rente mit 63 und die Mütterrente schaffen mehr Gerechtigkeit. Weil sie verdient seien mit jahrelanger Arbeit und Kindererziehung.

Doch so klar ist das nicht für jeden. Teile der Union bemängeln, dass Zeiten von Arbeitslosigkeit angerechnet werden sollen. Sie fürchten eine Welle von Frühverrentungen. Den Linken gehen die Pläne nicht weit genug – unterschiedliche Leistungen für ältere ost- und westdeutsche Mütter seien beschämend, sagen sie. Und die Grünen sehen gerade die Ärmsten auf der Strecke bleiben.

Aber was sagen eigentlich die Vertreter der Generation, die noch jahrzehntelang in die Rentenkasse einzahlen muss, selbst aber keine Aussicht auf üppige Rückzahlungen hat? Was sagen junge Bundestagsabgeordnete: Ist das Rentenpaket der Großen Koalition, so wie es jetzt vorliegt, generationengerecht?

„45 Jahre Arbeit sind genug“

„Sicher nicht“, sagt Steffen Bilger, 35 Jahre und Vorsitzender der Jungen Gruppe der Union. Zwar findet auch er, dass 45 Jahre Arbeit genug sind, um in Rente gehen zu dürfen, doch sei der Gesetzentwurf noch verbesserungswürdig. So sollten Zeiten von Arbeitslosigkeit nur bis zum 1. Juli 2014 angerechnet werden, bis zu dem Tag also, an

dem die Verbesserungen in Kraft treten sollen. „Außerdem profitieren von der Rente mit 63 viele Facharbeiter, die im Vergleich zu den kommenden Rentner-Generationen bereits sehr gut versorgt sind“, sagt Bilger.

Neben einem Stichtag bei der Rente mit 63 fordert die Junge Gruppe, dass auch für jene etwas getan werden soll, die länger als gesetzlich vorgesehen arbeiten wollen. „Wir schlagen vor, dass man dann nicht mehr in die Renten- und Arbeitslosenversicherung einzahlen muss. Und es sollte möglich sein, befristete Verträge zu vereinbaren“, so Bilger. Auch erwarte man Maßnahmen gegen die befürchtete Frühverrentungswelle. Dafür wolle die Junge Gruppe nun kämpfen. Hoffnung mache ihnen dabei, dass sich Nahles zuletzt offen für Vorschläge zeige.

Generationengerecht oder nicht – für Katharina Dröge, 29 Jahre und für die Grünen im Parlament, ist das nicht die entscheidende Frage. „Der zentrale Konflikt ist doch vielmehr, dass die Große Koalition generell zu wenig tut, um Altersarmut zu bekämpfen“, sagt sie. Zu wenig für den Bauarbeiter und die Krankenschwester, die es gar nicht schaffen, so lange zu arbeiten. Zu wenig für Mütter, die von Grundsicherung leben und deren Rente vollständig darauf angerechnet wird. Ihr Vorschlag: eine steuerfinanzierte Garantierente in Höhe von mindestens 850 Euro pro Monat.

„Für uns sind die Rentenpläne keine Jung-gegen-Alt-Frage. Meine

Großeltern profitieren auch nicht vom Rentenpaket und in ihrer Generation gibt es genug Menschen, deren Rente nicht ausreicht zum Leben“, erklärt Dröge. Andersherum könnten sich Leute in ihrem Alter zusätzlich absichern – sofern sie denn gut verdienen.

Gerade da liegt für Mahmut Özdemir (SPD) der Haken. Der 26-jährige Duisburger ist jüngster Abgeordneter im Bundestag und fordert für seine Solidarität mit den Älteren („Ich stehe voll hinter dem Rentenpaket“) eine Gegenleistung: „Meine Generation braucht Sicherheit im Arbeitsleben. Wer von uns verlangt, dass wir in diese Gesellschaft investieren, mit Kindern, Beitragszahlungen und Ehrenämtern, der muss auch die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt dafür schaffen.“ Heißt: Ende der Generation Praktikum und Abschaffung von Verträgen, die ohne Sachgrund befristet sind.

„Rente führt in die Armut“

Das sieht auch der Linken-Abgeordnete Niema Movassat (29) so. „Die jungen Leute müssen heute damit rechnen, dass ihre Rente in Armut führt“, sagt er. Besser man würde jetzt vorsorgen, indem alle Bürger in die gesetzliche Rentenkasse einzahlen. Die Pläne der Regierung hält der Oberhausener für gut gemeint, aber schlecht gemacht: „Von der Rente mit 63 profitieren nur zwei Jahrgänge. Gerecht wäre eine Regelung, die für alle gleichermaßen gilt.“